

**MANQUEMENTS ALLÉGUÉS À CERTAINES OBLIGATIONS INTERNATIONALES
RELATIVEMENT AU TERRITOIRE PALESTINIEN OCCUPÉ**

(NICARAGUA c. ALLEMAGNE)

**ANGEBLICHE VERLETZUNG BESTIMMTER INTERNATIONALER
VERPFLICHTUNGEN IN BEZUG AUF DAS BESETZTE PALÄSTINENSISCHE
GEBIET**

(NICARAGUA gegen DEUTSCHLAND)

30 AVRIL 2024 ORDONNANCE

30 APRIL 2024 BESCHLUSS

Anwesend:

Präsident SALAM; Vizepräsident SEBUTINDE; Richter TOMKA, ABRAHAM, YUSUF, XUE,
BHANDARI, IWASAWA, NOLTE, CHARLESWORTH, BRANT, GÓMEZ ROBLEDO,
CLEVELAND, AURESCU, TLADI; Richter ad hoc AL-KHASAWNEH; Kanzler GAUTIER.

INTERNATIONALER GERICHTSHOF JAHR 2024

30. April 2024

2024

30. April Allgemeine Liste Nr. 193

**ANGEBLICHE VERLETZUNG BESTIMMTER INTERNATIONALER
VERPFLICHTUNGEN IN BEZUG AUF DAS BESETZTE PALÄSTINENSISCHE
GEBIET**

(NICARAGUA / DEUTSCHLAND)

ANTRAG AUF ERLASS EINER EINSTWEILIGEN ANORDNUNG

Der Internationale Gerichtshof,

Zusammengesetzt wie oben,

nach eingehender Beratung,

gestützt auf die Artikel 41 und 48 der Satzung des Gerichtshofs und die Artikel 73, 74
und 75 der Verfahrensordnung,

erlässt den folgenden Beschluss:

1. Am 1. März 2024 hat die Republik Nicaragua (im folgenden "Nicaragua") bei der
Kanzlei des Gerichtshofs eine Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland (im

folgenden "Deutschland") wegen angeblicher Verletzung bestimmter internationaler Verpflichtungen in Bezug auf die besetzten palästinensischen Gebiete eingereicht.

-2-

2. Am Ende der Klageschrift beantragt Nicaragua

"Nicaragua ersucht den Gerichtshof respektvoll, zu entscheiden und festzustellen, dass Deutschland:

(1) seine Verpflichtungen aus der Völkermordkonvention, insbesondere die Verpflichtungen aus Artikel I, verletzt hat und weiterhin verletzt, indem es in voller Kenntnis der Sachlage den andauernden Völkermord am palästinensischen Volk, insbesondere am Gazastreifen, nicht verhindert hat;

(2) ihre Verpflichtungen aus der Völkermordkonvention, insbesondere die Verpflichtungen aus Artikel I, verletzt hat und weiterhin verletzt, indem sie es nicht nur versäumt hat, den laufenden Völkermord zu verhindern, sondern indem sie Israel Hilfe, einschließlich militärischer Ausrüstung, zur Verfügung gestellt hat, die bei der Begehung von Völkermord durch Israel verwendet werden würde, und indem sie die vom UNRWA geleistete finanzielle Unterstützung für die Opfer zurückgezogen hat;

(3) gegen ihre Verpflichtungen aus Artikel I der Vierten Genfer Konvention und gegen unumstößliche Grundsätze des humanitären Rechts verstoßen hat und weiterhin verstößt, indem sie nicht nur nicht dafür sorgt, dass die Anforderungen dieser Konvention erfüllt werden, sondern auch Hilfe, einschließlich militärischer Ausrüstung, bereitstellt, die bei der Begehung von Völkermord eingesetzt werden würde, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, schwere Verstöße gegen die Genfer Konventionen von 1949, Angriffe auf zivile Objekte oder auf Zivilisten, die als solche geschützt sind, oder andere Kriegsverbrechen, unter Verletzung ihrer Pflichten aus den Genfer Konventionen von 1949 und des Völkergewohnheitsrechts, und durch den Entzug der finanziellen Unterstützung Deutschlands für das UNRWA;

(4) ihre Verpflichtungen aus dem humanitären Völkerrecht nicht nur dadurch verletzt hat und weiterhin verletzt, dass sie nicht dafür gesorgt hat, dass diese Regeln der elementaren Rücksichtnahme auf die Menschlichkeit von Israel eingehalten werden, sondern auch dadurch, dass sie Israel Hilfe und Unterstützung gewährt und die finanzielle Unterstützung Deutschlands für das UNRWA zurückgezogen hat;

(5) hat gegen ihre konventionellen und gewohnheitsrechtlichen Verpflichtungen, einschließlich der Verpflichtung, die Verwirklichung des Rechts des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung zu erleichtern und daran mitzuwirken, verstoßen und tut dies auch weiterhin, indem sie Israel Hilfe und insbesondere militärische Ausrüstung zur Verfügung stellt, die zur Verweigerung dieses Selbstbestimmungsrechts und darüber hinaus zur Aufrechterhaltung und Durchsetzung eines Apartheidregimes beiträgt;

(6) gegen das Völkerrecht verstoßen hat und weiterhin verstößt, indem sie sich weigert, Personen, die für schwere Verbrechen nach dem Völkerrecht, einschließlich

Kriegsverbrechen und Apartheid, verantwortlich sind oder beschuldigt werden, strafrechtlich zu verfolgen, vor Gericht zu stellen und zu bestrafen, unabhängig davon, ob diese Personen deutsche Staatsangehörige sind oder nicht;

(7) muss die oben genannten Verstöße gegen seine internationalen Verpflichtungen unverzüglich einstellen;

(8) muss Zusicherungen geben, dass die oben genannten Verstöße gegen seine Verpflichtungen nicht wiederholt werden;

(9) den durch seine völkerrechtswidrigen Handlungen verursachten Schaden in vollem Umfang wiedergutmachen muss."

-3-

3. In seiner Klageschrift beantragt Nicaragua, die Zuständigkeit des Gerichtshofs auf die Erklärung zu stützen, die es am 24. September 1929 (in der am 23. Oktober 2001 geänderten Fassung) gemäß Artikel 36 des Statuts des Ständigen Internationalen Gerichtshofs abgegeben hat und die gemäß Artikel 36 Absatz 5 des Statuts des vorliegenden Gerichtshofs für den noch laufenden Zeitraum als Anerkennung der obligatorischen Zuständigkeit des Gerichtshofs gilt, sowie auf die von Deutschland am 30. April 2008 abgegebene Erklärung gemäß Artikel 36 Absatz 2 des Statuts. Nicaragua beantragt außerdem, die Zuständigkeit des Gerichtshofs auf Artikel IX der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes (im Folgenden "Völkermordkonvention" oder "Konvention") zu stützen.

4. Die Klageschrift enthielt einen Antrag auf Erlass einstweiliger Maßnahmen, der unter Bezugnahme auf Artikel 41 der Satzung und auf die Artikel 73, 74 und 75 der Verfahrensordnung des Gerichtshofs gestellt wurde.

5. Am Ende des Antrags bittet Nicaragua den Gerichtshof, die folgenden einstweiligen Maßnahmen anzuordnen:

"(1) Deutschland muss unverzüglich seine Hilfe für Israel aussetzen, insbesondere seine militärische Unterstützung, einschließlich militärischer Ausrüstung, soweit diese Hilfe zur Verletzung der Völkermordkonvention, des humanitären Völkerrechts oder anderer zwingender Normen des allgemeinen Völkerrechts wie des Rechts des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung und darauf, nicht einem Apartheidregime unterworfen zu sein, verwendet werden kann;

(2) Deutschland muss unverzüglich alle Anstrengungen unternehmen, um sicherzustellen, dass Waffen, die bereits an Israel geliefert wurden, nicht zur Begehung von Völkermord verwendet werden, nicht zu Völkermord beitragen oder in einer Weise eingesetzt werden, die das humanitäre Völkerrecht verletzt;

(3) Deutschland muss unverzüglich alles tun, um seinen Verpflichtungen aus dem humanitären Völkerrecht nachzukommen;

(4) Deutschland muss seine Entscheidung, die Finanzierung des UNRWA auszusetzen, rückgängig machen, um seinen Verpflichtungen zur Verhinderung von Völkermord und

völkermörderischen Handlungen sowie der Verletzung der humanitären Rechte des palästinensischen Volkes nachzukommen, wozu auch die Verpflichtung gehört, alles in seiner Macht Stehende zu tun, um sicherzustellen, dass die humanitäre Hilfe das palästinensische Volk, insbesondere in Gaza, erreicht;

(5) Deutschland muss daran mitwirken, dass die schwerwiegenden Verstöße gegen zwingende Normen des Völkerrechts beendet werden, indem es seine Unterstützung einstellt, einschließlich der Lieferung von militärischer Ausrüstung an Israel, die zur Begehung schwerer Verbrechen gegen das Völkerrecht verwendet werden kann, und dass es die Unterstützung des UNRWA fortsetzt, auf die sich diese Organisation verlassen hat und auf die sie ihre Aktivitäten stützt."

6. Der stellvertretende Kanzler übermittelte der deutschen Regierung unverzüglich die Klageschrift mit dem Antrag auf Erlass einstweiliger Maßnahmen gemäß Artikel 40 Absatz 2 der Satzung des Gerichtshofs und Artikel 73 Absatz 2 der Verfahrensordnung des Gerichtshofs. Er hat auch den Generalsekretär der Vereinten Nationen von der Einreichung der Klage und des Antrags auf Erlass einstweiliger Maßnahmen durch Nicaragua unterrichtet.

-4-

7. In Erwartung der in Artikel 40 Absatz 3 der Satzung des Gerichtshofes vorgesehenen Zustellung hat der Kanzler alle Staaten, die berechtigt sind, vor dem Gerichtshof aufzutreten, mit Schreiben vom 4. März 2024 von der Einreichung der Klage und des Antrags auf Erlass einstweiliger Maßnahmen unterrichtet.

8. Da dem Gerichtshof kein Richter nicaraguanischer Staatsangehörigkeit angehörte, machte Nicaragua von dem ihm in Artikel 31 Absatz 3 der Satzung eingeräumten Recht Gebrauch, einen Richter ad hoc zu wählen, der in der Rechtssache tätig werden sollte; es wählte Herrn Awn Shawkat Al-Khasawneh.

9. Mit Schreiben vom 5. März 2024 hat der Kanzler den Parteien mitgeteilt, dass das Gericht gemäß Artikel 74 § 3 seiner Verfahrensordnung Montag, den 8. April, und Dienstag, den 9. April 2024, als Termine für die mündliche Verhandlung über den Antrag auf Erlass vorläufiger Maßnahmen bestimmt hat.

10. In der öffentlichen Sitzung haben folgende Personen mündliche Erklärungen zu dem Antrag auf Erlass vorläufiger Maßnahmen abgegeben:

Im Namen von Nicaragua: Im Namen von Deutschland:

Herr Carlos José Argüello Gómez, Herr Daniel Müller,

Herr Alain Pellet.

Frau Tania von Uslar-Gleichen, Herr Christian J. Tams,

Herr Samuel Wordsworth,

Frau Anne Peters,

Herr Paolo Palchetti.

11. Am Ende seiner mündlichen Ausführungen ersucht Nicaragua den Gerichtshof "als eine Angelegenheit von äußerster Dringlichkeit, bis der Gerichtshof diesen Fall in der Sache entschieden hat, und nachdem er die Parteien an die Verpflichtung zur Einhaltung des humanitären Rechts sowie an die Verpflichtung zur Zusammenarbeit erinnert hat, um alle schwerwiegenden Verstöße gegen zwingende Normen des internationalen Rechts zu beenden, die folgenden vorläufigen Maßnahmen in Bezug auf Deutschland in Bezug auf seine Beteiligung an dem andauernden plausiblen Völkermord und den schwerwiegenden Verletzungen des humanitären Völkerrechts und anderer zwingender Normen des allgemeinen Völkerrechts, die im Gazastreifen sowie in anderen Teilen Palästinas vorkommen, anzugeben, nämlich anzuordnen, dass:

(1) Deutschland muss seine Hilfe für Israel, insbesondere die Militärhilfe, den Export und die Genehmigung des Exports von Militärgütern und Kriegswaffen, unverzüglich aussetzen, soweit diese Hilfe dazu verwendet wird oder verwendet werden könnte, schwere Verstöße gegen die Völkermordkonvention, das humanitäre Völkerrecht oder andere zwingende Normen des allgemeinen Völkerrechts zu begehen oder zu erleichtern;

(2) Deutschland muss unverzüglich sicherstellen, dass militärische Ausrüstungen, Kriegswaffen und andere für militärische Zwecke genutzte Ausrüstungen, die bereits von Deutschland und deutschen Einrichtungen an Israel geliefert wurden, nicht dazu verwendet werden, schwere Verstöße gegen die Völkermordkonvention, das humanitäre Völkerrecht oder andere zwingende Normen des allgemeinen Völkerrechts zu begehen oder zu erleichtern;

(3) Deutschland muss seine Unterstützung und Finanzierung des UNRWA in Bezug auf seine Operationen in Gaza wieder aufnehmen."

-5-

12. Am Ende seiner mündlichen Ausführungen ersuchte Deutschland den Gerichtshof

"(1) den von der Republik Nicaragua gestellten Antrag auf Erlass einstweiliger Maßnahmen abzulehnen; und

(2) die von der Republik Nicaragua am 1. März 2024 eingebrachte Rechtssache von der allgemeinen Liste zu streichen".

* **

13. Der Gerichtshof erinnert daran, dass er nach Artikel 41 der Satzung "befugt ist, auf alle einstweiligen Maßnahmen hinzuweisen, die zur Wahrung der Rechte einer der Parteien zu treffen sind, wenn er dies für erforderlich hält". Im vorliegenden Verfahren ist der Gerichtshof der Auffassung, dass er zunächst prüfen muss, ob Nicaragua hinreichend dargelegt hat, dass die Umstände, wie sie sich dem Gerichtshof jetzt

darstellen, die Ausübung seiner Befugnis zur Anordnung einstweiliger Maßnahmen erfordern.

**

14. Nicaragua macht geltend, dass Deutschland durch die Lieferung von Waffen an Israel und die Aussetzung der Bereitstellung von Mitteln für das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) gegen seine Verpflichtungen aus der Völkermordkonvention und dem humanitären Völkerrecht, einschließlich der Genfer Konventionen vom 12. August 1949 (im Folgenden: Genfer Konventionen) und der Zusatzprotokolle vom 8. Juni 1977, sowie gegen seine unüberwindbaren Grundsätze verstoßen hat. Nicaragua macht geltend, dass die Bundesregierung für das Jahr 2023 Ausfuhren von "Rüstungsgütern und Kriegswaffen" im Wert von mehr als 326 Millionen Euro — genehmigt hat, was mehr als das Zehnfache des Wertes für das Jahr 2022 ist, und dass von diesem Betrag seit Beginn der Militäroperation Israels im Gazastreifen Genehmigungen für Rüstungsgüter im Wert von fast 300 Millionen Euro erteilt worden sind. Nicaragua behauptet ferner, dass die deutsche Regierung Anfang 2024 Ausfuhrgenehmigungen für "militärische Ausrüstung und Kriegswaffen" im Wert von mehr als 9 Millionen Euro erteilt hat. Nicaragua behauptet, dass Deutschland die Situation im Gazastreifen nicht ignorieren konnte und auch nicht die Wahrscheinlichkeit, dass die von Deutschland gelieferten "militärischen Ausrüstungen und Kriegswaffen" von Israel "zur Bombardierung und Tötung von Tausenden von palästinensischen Kindern, Frauen und Männern" eingesetzt werden würden. Sie behauptet auch, dass Deutschland nicht nur gegen seine Verpflichtungen zur Verhinderung und Bestrafung von Verstößen gegen die Völkermordkonvention und das humanitäre Völkerrecht verstoßen hat, sondern dass es sich auch "durch Beihilfe und Unterstützung der Begehung [dieser] Verstöße mitschuldig gemacht hat".

15. In seiner Antwort erklärt Deutschland zunächst, dass es die den Vertragsstaaten der Völkermordkonvention obliegende Verpflichtung, Völkermord zu verhindern, erfüllt hat, indem es kontinuierlich alle ihm zur Verfügung stehenden angemessenen Mittel eingesetzt hat, um seinen Einfluss auf Israel geltend zu machen, um die Lage in

-6-

Gaza zu verbessern und der Bevölkerung von Gaza humanitäre Hilfe zukommen zu lassen. Zweitens macht sie geltend, dass die Verpflichtung, die sich aus dem gemeinsamen Artikel 1 der Genfer Konventionen für Nichtparteien eines bewaffneten Konflikts ableiten lasse, einen Staat nicht verpflichte, einem in einen bewaffneten Konflikt verwickelten Staat keinerlei militärische Unterstützung zu gewähren. Er verlangt vielmehr, dass Staaten, die Waffen in ein Gebiet mit bewaffneten Konflikten liefern, vor Entscheidungen über die Ausfuhr von Rüstungsgütern und Waffen eine ordnungsgemäße Risikobewertung dahingehend vornehmen, ob diese Waffen für Verstöße gegen die Verpflichtungen aus den geltenden Regeln des Völkerrechts verwendet werden. Deutschland macht ferner geltend, dass es über strenge

Genehmigungsstandards verfügt, um zu prüfen, ob die Gefahr schwerwiegender Verstöße gegen die Völkermordkonvention, das humanitäre Völkerrecht und andere zwingende Normen des Völkerrechts durch den Empfängerstaat besteht. Nach Auffassung Deutschlands gibt es keine Anhaltspunkte dafür, dass die Lieferung von Rüstungsgütern durch Deutschland an Israel zu einem angeblichen Völkermord oder zu Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht beigetragen hätte.

**

16. Der Gerichtshof stellt fest, dass Deutschland, wie es erklärt hat, durch den Vertrag über den Waffenhandel vom 2. April 2013 und durch den Gemeinsamen Standpunkt 2008/944/GASP des Europäischen Rates vom 8. Dezember 2008 (in der durch den Beschluss (GASP) 2019/1560 des Rates vom 17. September 2019 geänderten Fassung) gebunden ist, in dem gemeinsame Regeln für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern festgelegt sind.

17. Der Hof stellt ferner fest, dass der deutsche Rechtsrahmen für die Herstellung, das Inverkehrbringen und die Ausfuhr von Waffen und sonstigen Rüstungsgütern, wie auch Deutschland erklärt hat, ein behördenübergreifendes Verfahren beinhaltet, bei dem mindestens zwei Ministerien und je nach Inhalt des Genehmigungsantrags möglicherweise weitere Ministerien beteiligt sind. Nach diesem Rechtsrahmen gibt es zwei Kategorien von genehmigungspflichtiger Militärtechnologie und -ausrüstung: "Kriegswaffen" und "sonstige militärische Ausrüstung". Für die Ausfuhr von "Kriegswaffen", zu denen Kampfflugzeuge, Panzer, automatische Waffen und bestimmte dazugehörige Munition und wesentliche Bestandteile gehören, sind zwei Genehmigungen erforderlich. Für die Ausfuhr von "sonstigen Rüstungsgütern", zu denen Verteidigungsgüter gegen chemische Gefahren, Schutzausrüstungen wie Helme oder Körperschutzplatten sowie Kommunikationsausrüstung gehören, ist eine Genehmigung erforderlich. Nach dem deutschen Rechtsrahmen wird bei jeder Genehmigung von der deutschen Regierung geprüft, ob ein eindeutiges Risiko besteht, dass das betreffende genehmigungspflichtige Gut zur Begehung von Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder schweren Verstößen gegen die vier Genfer Konventionen verwendet wird.

18. Darüber hinaus stellt der Hof fest, dass, wie von Deutschland angegeben, der Wert des Materials, für das die Lizenzen erteilt wurden, seit November 2023 erheblich gesunken ist, und zwar von etwa 200 Millionen Euro im Oktober 2023 über etwa 24 Millionen Euro im November 2023 auf etwa 1 Million Euro im März 2024. Der Hof stellt ferner fest, dass seit dem 7. Oktober 2023 nach Angaben Deutschlands nur vier Genehmigungen für "Kriegswaffen" erteilt wurden: zwei für Übungsmunition, eine für Treibladungen zu Testzwecken und eine für die Ausfuhr von 3.000 tragbaren Panzerabwehrwaffen

-7-

Waffen. Der Gerichtshof stellt ferner fest, dass Israel im Jahr 2023 auch wegen Panzermunition an die deutsche Regierung herangetreten ist und dass die Beklagte

bisher noch keine Entscheidung über diesen Antrag getroffen hat. Darüber hinaus ist nach Angaben Deutschlands die Genehmigung für den Export eines U-Boots nach Israel derzeit noch nicht erteilt, da bisher nur eine der beiden für diesen Export erforderlichen Genehmigungen erteilt wurde. Schließlich nimmt der Gerichtshof die Erklärung Deutschlands zur Kenntnis, dass 98 Prozent der seit dem 7. Oktober 2023 erteilten Genehmigungen "sonstige Rüstungsgüter" und nicht "Kriegswaffen" betrafen.

19. In Bezug auf Nicaraguas Forderung, dass Deutschland "seine Unterstützung und Finanzierung des UNRWA in Bezug auf dessen Maßnahmen in Gaza wieder aufnimmt" (siehe Ziffer 11), stellt der Gerichtshof fest, dass Deutschland seine Entscheidung, seinen Beitrag zum UNRWA in Bezug auf die Maßnahmen in Gaza auszusetzen, am 27. Januar 2024 bekannt gegeben hat. Hierzu stellt der Gerichtshof erstens fest, dass die Beiträge an das UNRWA freiwilliger Natur sind. Zweitens stellt er fest, dass nach den ihm von Deutschland vorgelegten Informationen in den Wochen nach der Bekanntgabe seiner Entscheidung keine neue Zahlung des UNRWA fällig war. Schließlich stellt der Hof fest, dass Deutschland erklärt hat, dass es Initiativen zur Finanzierung der Arbeit des Hilfswerks unterstützt hat, insbesondere durch die Zahlung von 50 Millionen Euro durch die Europäische Union an das UNRWA am 1. März 2024, sowie durch finanzielle und materielle Unterstützung für andere im Gazastreifen tätige Organisationen.

20. Auf der Grundlage der von den Parteien vorgetragenen Sachinformationen und rechtlichen Argumente kommt das Gericht zu dem Schluss, dass die Umstände derzeit nicht so liegen, dass es von seiner Befugnis nach Artikel 41 der Satzung Gebrauch machen und einstweilige Maßnahmen anordnen müsste.

*

21. Zum Antrag Deutschlands, die Rechtssache von der Liste zu streichen (siehe Rdnr. 12), stellt der Gerichtshof fest, dass er, wie er bereits in der Vergangenheit entschieden hat, bei offensichtlicher Unzuständigkeit die Rechtssache im Stadium der vorläufigen Maßnahmen von der Liste streichen kann (*Legality of Use of Force (Yugoslavia v. Spain)*, Provisional Measures, Order of 2 June 1999, I.C.J. Reports 1999 (II), S. 773, para. 35; *Rechtmäßigkeit der Gewaltanwendung (Jugoslawien gegen Vereinigte Staaten von Amerika)*, Vorläufige Maßnahmen, Beschluss vom 2. Juni 1999, I.C.J. Reports 1999 (II), S. 925, Rn. 29; *Immunitäten und Strafverfahren (Äquatorialguinea gegen Frankreich)*, Vorläufige Maßnahmen, Beschluss vom 7. Dezember 2016, I.C.J. Reports 2016 (II), S. 1165, Rn. 70). Liegt hingegen keine solche offensichtliche Unzuständigkeit vor, kann der Gerichtshof den Fall in diesem Stadium nicht abweisen (*Armed Activities on the Territory of the Congo (New Application: 2002) (Democratic Republic of the Congo v. Rwanda)*, Provisional Measures, Order of 10 July 2002, I.C.J. Reports 2002, p. 249, para. 91; *Immunitäten und Strafverfahren (Äquatorialguinea gegen Frankreich)*, Vorläufige Maßnahmen, Beschluss vom 7. Dezember 2016, I.C.J. Reports 2016 (II), S. 1165, para. 70). Da im vorliegenden Fall keine offensichtliche Unzuständigkeit vorliegt, kann der Gerichtshof dem Antrag Deutschlands nicht stattgeben.

* **

22. Der Gerichtshof erinnert daran, dass er in seinem Beschluss vom 26. Januar 2024 feststellte, dass die von Israel im Anschluss an den Angriff vom 7. Oktober 2023 durchgeführte Militäroperation "eine große Zahl von Toten und Verletzten sowie die massive Zerstörung von Häusern, die gewaltsame Vertreibung der großen Mehrheit der Bevölkerung und umfangreiche Schäden an der zivilen Infrastruktur" zur Folge hatte (Anwendung der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes im Gazastreifen (Südafrika gegen Israel), Vorläufige Maßnahmen, Beschluss vom 26. Januar 2024, Rn. 46). Darüber hinaus ist der Gerichtshof nach wie vor zutiefst besorgt über die katastrophalen Lebensbedingungen der Palästinenser im Gazastreifen, insbesondere angesichts des anhaltenden und weit verbreiteten Entzugs von Nahrungsmitteln und anderen lebensnotwendigen Gütern, dem sie ausgesetzt sind, wie der Gerichtshof in seinem Beschluss vom 28. März 2024 feststellte (Anwendung der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes im Gazastreifen (Südafrika gegen Israel), Vorläufige Maßnahmen, Beschluss vom 28. März 2024, Rn. 18).

23. Der Gerichtshof erinnert daran, dass nach dem gemeinsamen Artikel 1 der Genfer Konventionen alle Vertragsstaaten verpflichtet sind, die Konventionen "unter allen Umständen" zu achten und für ihre Einhaltung zu sorgen. Daraus folgt, dass jeder Vertragsstaat dieser Konventionen, "unabhängig davon, ob er an einem bestimmten Konflikt beteiligt ist oder nicht, verpflichtet ist, dafür zu sorgen, dass die Anforderungen der betreffenden Instrumente eingehalten werden" (Legal Consequences of the Construction of a Wall in the Occupied Palestinian Territory, Advisory Opinion, I.C.J. Reports 2004(I), pp.199-200, para. 158). Eine solche Verpflichtung "ergibt sich nicht nur aus den Übereinkommen selbst, sondern aus den allgemeinen Grundsätzen des humanitären Rechts, die in den Übereinkommen lediglich konkretisiert werden" (Military and Paramilitary Activities in and against Nicaragua (Nicaragua v. United States of America), Merits, Judgement, I.C.J. Reports 1986, p. 114, para. 220). In Bezug auf die Völkermordkonvention hatte der Gerichtshof Gelegenheit festzustellen, dass die Verpflichtung zur Verhinderung der Begehung des Verbrechens des Völkermordes gemäß Artikel I die Vertragsstaaten, die sich der ersten Gefahr bewusst sind oder normalerweise hätten bewusst sein müssen, dass Handlungen des Völkermordes begangen worden wären, verpflichtet, alle ihnen vernünftigerweise zur Verfügung stehenden Mittel einzusetzen, um den Völkermord so weit wie möglich zu verhindern (Anwendung der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes (Bosnien und Herzegowina v. Serbien und Montenegro), Urteil, I.C.J. Reports 2007 (I), S. 221-222, Pars. 430-431). Darüber hinaus sind die Vertragsstaaten durch die Völkermordkonvention verpflichtet, keine anderen in Artikel III aufgezählten Handlungen zu begehen (ebd., S. 114, Abs. 168).

24. Darüber hinaus hält es der Gerichtshof für besonders wichtig, alle Staaten an ihre internationalen Verpflichtungen in Bezug auf die Weitergabe von Waffen an Parteien eines bewaffneten Konflikts zu erinnern, um das Risiko zu vermeiden, dass diese

Waffen für Verstöße gegen die oben genannten Konventionen verwendet werden könnten. Alle diese Verpflichtungen obliegen Deutschland als Vertragsstaat der genannten Übereinkommen bei der Lieferung von Waffen an Israel.

* **

-9-

25. Der Gerichtshof bekräftigt, dass die im vorliegenden Verfahren ergangene Entscheidung in keiner Weise die Frage der Zuständigkeit des Gerichtshofes für die Entscheidung in der Sache selbst oder Fragen der Zulässigkeit der Klage oder der Begründetheit selbst präjudiziert. Sie läßt das Recht der Regierungen Nicaraguas und Deutschlands, zu diesen Fragen vorzutragen, unberührt.

26. Aus diesen Gründen,

DER GERICHTSHOF,

Mit fünfzehn gegen eine Stimme,

* **

stellt fest, dass die Umstände, wie sie sich dem Gerichtshof gegenwärtig darstellen, die Ausübung seiner Befugnis nach Artikel 41 der Satzung, einstweilige Maßnahmen anzuordnen, nicht erfordern.

FÜR: Präsident Salam, Vizepräsident Sebutinde, die Richter Tomka, Abraham, Yusuf, Xue, Bhandari, Iwasawa, Nolte, Charlesworth, Brant, Gómez Robledo, Cleveland, Aurescu und Tladi;

GEGEN: Ad-hoc-Richter Al-Khasawneh.

Geschehen in französischer und englischer Sprache, wobei der französische Text maßgebend ist, im Friedenspalast in Den Haag am dreißigsten April zweitausendvierundzwanzig, in drei Ausfertigungen, von denen eine im Archiv des Gerichtshofes hinterlegt und die anderen der Regierung der Republik Nicaragua bzw. der Regierung der Bundesrepublik Deutschland übermittelt werden.

(Unterzeichnet) Nawaf SALAM, Präsident.

(Unterzeichnet) Philippe GAUTIER, Kanzler.

- 10 -

Vizepräsident SEBUTINDE fügt dem Beschluss des Gerichtshofes eine gesonderte Stellungnahme bei; Richter IWASAWA fügt dem Beschluss des Gerichtshofes eine gesonderte Stellungnahme bei; die Richter CLEVELAND und TLADI fügen dem Beschluss des Gerichtshofes Erklärungen bei; der Ad-hoc-Richter AL-KHASAWNEH fügt dem Beschluss des Gerichtshofes eine abweichende Stellungnahme bei.

(paraphiert) N.S. (paraphiert) Ph.G.

(Übersetzt mit DeepL)

+++

MANQUEMENTS ALLÉGUÉS À CERTAINES OBLIGATIONS INTERNATIONALES
RELATIVEMENT AU TERRITOIRE PALESTINIEN OCCUPÉ

(NICARAGUA c. ALLEMAGNE)

**ALLEGED BREACHES OF CERTAIN INTERNATIONAL OBLIGATIONS IN
RESPECT OF THE OCCUPIED PALESTINIAN TERRITORY**

(NICARAGUA v. GERMANY)

30 AVRIL 2024 ORDONNANCE

30 APRIL 2024 ORDER

Present:

*President SALAM; Vice-President SEBUTINDE; Judges TOMKA, ABRAHAM, YUSUF, XUE,
BHANDARI, IWASAWA, NOLTE, CHARLESWORTH, BRANT, GÓMEZ ROBLEDO, CLEVELAND,
AURESCU, TLADI; Judge ad hoc AL-KHASAWNEH; Registrar GAUTIER.*

INTERNATIONAL COURT OF JUSTICE YEAR 2024

30 April 2024

2024

30 April General List No. 193

**ALLEGED BREACHES OF CERTAIN INTERNATIONAL OBLIGATIONS IN
RESPECT OF THE OCCUPIED PALESTINIAN TERRITORY**

(NICARAGUA v. GERMANY)

REQUEST FOR THE INDICATION OF PROVISIONAL MEASURES ORDER

The International Court of Justice,

Composed as above,

After deliberation,

Having regard to Articles 41 and 48 of the Statute of the Court and Articles 73, 74 and
75 of the Rules of Court,

Makes the following Order:

1. On 1 March 2024, the Republic of Nicaragua (hereinafter "Nicaragua") filed in the Registry of the Court an Application instituting proceedings against the Federal Republic of Germany (hereinafter "Germany") concerning alleged breaches of certain international obligations in respect of the Occupied Palestinian Territory.

-2-

2. At the end of its Application, Nicaragua

“respectfully requests the Court to adjudge and declare that Germany:

1. (1) has breached and continues to breach its obligations under the Genocide Convention in particular the obligations provided in Article I by, with full knowledge of the situation, failing to prevent the ongoing genocide against the Palestinian People in particular Gazans;
2. (2) has breached and continues to breach its obligations under the Genocide Convention in particular the obligations provided in Article I by not only failing to prevent the ongoing genocide but by providing aid, including military equipment, to Israel that would be used in the commission of genocide, by Israel, and by withdrawing the financial assistance to the victims provided by UNRWA;
3. (3) has breached and continues to breach its obligations under Article I of the Fourth Geneva Convention and intransgressible principles of humanitarian law, not only by failing to ensure that the requirements of that Convention are complied with, but also by providing aid, including military equipment, that would be used in the commission of genocide, crimes against humanity, grave breaches of the Geneva Conventions of 1949, attacks directed against civilian objects or civilians protected as such, or other war crimes, in violation of its duties under the 1949 Geneva Conventions and customary international law and by withdrawing Germany’s financial assistance to UNRWA;
4. (4) has breached and continues to breach its obligations under international humanitarian law not only by failing to ensure that these rules of elementary consideration of humanity are respected by Israel, but also by providing aid and assistance to Israel, and withdrawing Germany’s financial assistance to UNRWA;
5. (5) has breached and continues to breach its conventional and customary law obligations, including the obligation to facilitate and cooperate in bringing about the Palestinian People’s right to self-determination, by providing aid and particularly military equipment to Israel that is used to deny this right of self-determination and moreover helps to maintain and impose an apartheid regime;
6. (6) has breached and continues to breach international law by refusing to prosecute, bring to trial and punish persons responsible for, or accused of grave crimes under international law, including war crimes and apartheid, whether or not such persons are German nationals;
7. (7) must cease immediately the breaches of its international obligations indicated above;
8. (8) must give assurances of non-repetition of the breaches of its obligations indicated above;
9. (9) must make full reparation for the injury caused by its internationally wrongful acts.”

3. In its Application, Nicaragua seeks to found the jurisdiction of the Court on the declaration which it made on 24 September 1929 (as amended on 23 October 2001) under Article 36 of the Statute of the Permanent Court of International Justice and which is deemed, pursuant to Article 36, paragraph 5, of the Statute of the present Court, for the period which it still has to run, to be acceptance of the compulsory jurisdiction of this Court, as well as on the declaration made by Germany on 30 April 2008, under Article 36, paragraph 2, of the Statute. Nicaragua also seeks to found the jurisdiction of the Court on Article IX of the Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide (hereinafter the "Genocide Convention" or the "Convention").

4. The Application contained a Request for the indication of provisional measures submitted with reference to Article 41 of the Statute and to Articles 73, 74 and 75 of the Rules of Court.

5. At the end of its Request, Nicaragua asks the Court to indicate the following provisional measures:

"(1) Germany shall immediately suspend its aid to Israel, in particular its military assistance including military equipment, in so far as this aid may be used in the violation of the Genocide Convention, international humanitarian law or other peremptory norms of general international law such as the Palestinian People's right to self-determination and to not be subject to a regime of apartheid;

2. (2) Germany must immediately make every effort to ensure that weapons already delivered to Israel are not used to commit genocide, contribute to acts of genocide or are used in such a way as to violate international humanitarian law;

3. (3) Germany must immediately do everything possible to comply with its obligations under humanitarian law;

4. (4) Germany must reverse its decision to suspend the funding of UNRWA as part of the compliance of its obligations to prevent genocide and acts of genocide and the violation of the humanitarian rights of the Palestinian People which also includes the obligation to do everything possible to ensure that humanitarian aid reaches the Palestinian People, more particularly in Gaza;

5. (5) Germany must cooperate to bring to an end the serious breaches of peremptory norms of international law by ceasing its support, including its supply of military equipment to Israel that may be used to commit serious crimes of international law and that it continue the support of the UNRWA on which this Organization has counted and based its activities."

6. The Deputy-Registrar immediately communicated to the Government of Germany the Application containing the Request for the indication of provisional measures, in accordance with Article 40, paragraph 2, of the Statute of the Court and Article 73, paragraph 2, of the Rules of Court. He also notified the Secretary-General of the

United Nations of the filing by Nicaragua of the Application and the Request for the indication of provisional measures.

-4-

7. Pending the notification provided for by Article 40, paragraph 3, of the Statute of the Court, the Registrar informed all States entitled to appear before the Court of the filing of the Application and the Request for the indication of provisional measures by a letter dated 4 March 2024.

8. Since the Court included upon the Bench no judge of Nicaraguan nationality, Nicaragua proceeded to exercise the right conferred upon it by Article 31, paragraph 3, of the Statute to choose a judge *ad hoc* to sit in the case; it chose Mr Awn Shawkat Al-Khasawneh.

9. By letters dated 5 March 2024, the Registrar informed the Parties that, pursuant to Article 74, paragraph 3, of its Rules, the Court had fixed Monday 8 April and Tuesday 9 April 2024 as the dates for the oral proceedings on the request for the indication of provisional measures.

10. At the public hearings, oral observations on the request for the indication of provisional measures were presented by:

On behalf of Nicaragua: On behalf of Germany:

HE Mr Carlos José Argüello Gómez, Mr Daniel Müller,
Mr Alain Pellet.

Ms Tania von Uslar-Gleichen, Mr Christian J. Tams,
Mr Samuel Wordsworth,
Ms Anne Peters,

Mr Paolo Palchetti.

11. At the end of its oral observations, Nicaragua requested the Court

“as a matter of extreme urgency, pending the Court’s determination of this case on the merits, and after recalling to the Parties the obligation of compliance with humanitarian law as well as of the obligation of cooperation to bring to an end all serious breaches of peremptory norms of international law, to indicate the following provisional measures with respect to Germany in its participation in the ongoing plausible genocide and serious breaches of international humanitarian law and other peremptory norms of general international law occurring in the Gaza Strip, as well as in other parts of Palestine, namely, to order that:

1. (1) Germany must immediately suspend its aid to Israel, in particular its military assistance, export and authorization of export of military equipment and war weapons, in so far as this aid is used or could be used to commit or to facilitate serious violations of the Genocide Convention, international humanitarian law or other peremptory norms of general international law;

2. (2) Germany must immediately ensure that military equipment, war weapons, and other equipment used for military purposes already delivered by Germany and German entities to Israel are not used to commit or to facilitate serious violations of the Genocide Convention, international humanitarian law or other peremptory norms of general international law;
3. (3) Germany must resume its support and financing of UNRWA in respect of its operations in Gaza.”

-5-

12. At the end of its oral observations, Germany asked the Court

“(1) to reject the request for the indication of provisional measures submitted by the Republic of Nicaragua; and

(2) to remove from the General List the case introduced by the Republic of Nicaragua on 1 March 2024”.

* **

13. The Court recalls that, pursuant to Article 41 of the Statute, it has “the power to indicate, if it considers that circumstances so require, any provisional measures which ought to be taken to preserve the respective rights of either party”. In the present proceedings, the Court considers that it must first ascertain whether Nicaragua has sufficiently shown that the circumstances as they now present themselves to the Court are such as to require the exercise of its power to indicate provisional measures.

**

14. Nicaragua asserts that, by providing weapons to Israel and by suspending the provision of funds to the United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East (UNRWA), Germany has failed to comply with its obligations under the Genocide Convention and international humanitarian law, including the Geneva Conventions of 12 August 1949 (hereinafter the “Geneva Conventions”) and the Additional Protocols of 8 June 1977, and its intransgressible principles. Nicaragua contends that, for the year 2023, the German Government authorized exports of “military equipment and war weapons” worth more than €326 million — which is more than ten times than for the year 2022 —, and that, out of this amount, licences for military equipment worth almost €300 million have been granted since the beginning of the military operation by Israel in the Gaza Strip. Nicaragua further argues that, in early 2024, the German Government provided export licences for “military equipment and weapons of war” worth more than €9 million. Nicaragua claims that Germany could not be unaware of the situation in Gaza nor ignore the likelihood that the “military equipment and war weapons” provided by it would be used by Israel “to bomb and kill thousands of Palestinian children, women and men”. It also claims that Germany has not only violated its obligations to prevent and punish breaches of the Genocide Convention and of international humanitarian law, but that it is also “complicit in them by aiding and assisting the commission of [those] breaches”.

15. In response, Germany first states that it has fulfilled the obligation incumbent on States parties to the Genocide Convention to prevent the occurrence of genocide by continuously using all reasonable means at its disposal to exert its influence on Israel in order to improve the situation in

-6-

Gaza and to furnish humanitarian aid to the population of Gaza. Secondly, it contends that the obligation that could be derived from common Article 1 of the Geneva Conventions incumbent upon non-parties to an armed conflict does not obligate a State to refrain completely from providing military support to a State involved in an armed conflict. It rather requires States supplying arms to an area of armed conflict, before taking decisions regarding exports of military equipment and arms, to conduct a proper risk assessment as to whether such arms will be used to commit breaches of obligations under applicable rules of international law. Germany further contends that it has stringent licensing standards to assess whether there is any risk of serious violations of the Genocide Convention, international humanitarian law and other peremptory norms of international law by the recipient State. According to Germany, there is no evidence that the supply of military equipment to Israel by Germany would have contributed to an alleged genocide or to breaches of international humanitarian law.

**

16. The Court notes that Germany, as it has stated, is bound by the Arms Trade Treaty of 2 April 2013 and by the European Council Common Position 2008/944/CFSP of 8 December 2008 (as amended by Council Decision (CFSP) 2019/1560, published on 17 September 2019), which defines common rules governing the control of exports of military technology and equipment.

17. The Court further notes that, as Germany has also stated, the German legal framework on the manufacturing, marketing and export of weapons and other military equipment involves an inter-agency process with consideration by at least two ministries, and potentially other ministries depending on the content of the licence application. Under this legal framework, there are two categories of military technology and equipment subject to licensing, "war weapons" and "other military equipment". The export of "war weapons", which include combat aircraft, tanks, automatic weapons and certain corresponding ammunition and essential components, requires two licences. The export of "other military equipment", which includes defence equipment against chemical hazards, protective gear such as helmets or body protection plates, as well as communication equipment, requires one licence. Under the German legal framework, for every licence that is granted, an assessment is carried out by the German Government to ascertain whether there is a clear risk that the particular item subject to licensing would be used in the commission of genocide, crimes against humanity or grave breaches of the four Geneva Conventions.

18. The Court in addition notes that, as stated by Germany, there has been a significant decrease since November 2023 in the value of material for which the

licences were granted, from approximately €200 million in October 2023 to approximately €24 million in November 2023 to approximately €1 million in March 2024. The Court also notes that, since 7 October 2023, according to Germany, only four licences for “war weapons” have been granted: two for training ammunition, one for propellant charges for test purposes, and one concerned the export of 3,000 portable anti-tank

-7-

weapons. The Court further notes that Israel had also approached the German Government in 2023 for tank ammunition and that no decision by the Respondent has thus far been made regarding this request. In addition, according to Germany, the licensing for export of a submarine to Israel is currently pending, as only one of the two licences required for this export has so far been granted. Finally, the Court takes note of Germany’s statement that 98 per cent of the licences granted since 7 October 2023 concerned “other military equipment” and not “war weapons”.

19. With regard to Nicaragua’s request that Germany “resume its support and financing of UNRWA in respect of its operations in Gaza” (see paragraph 11 above), the Court notes that Germany announced its decision to suspend its contribution to UNRWA on 27 January 2024 in respect of operations in Gaza. In this regard, the Court observes, first, that contributions to UNRWA are voluntary in nature. Secondly, it notes that, according to the information provided to it by Germany, no new payment was due from the latter in the weeks following the announcement of its decision. Finally, the Court notes that Germany stated that it has supported initiatives aimed at funding the agency’s work, in particular through the payment of €50 million by the European Union to UNRWA on 1 March 2024, as well as providing financial and material support to other organizations operating in the Gaza Strip.

20. Based on the factual information and legal arguments presented by the Parties, the Court concludes that, at present, the circumstances are not such as to require the exercise of its power under Article 41 of the Statute to indicate provisional measures.

*

21. As to Germany’s request that the case be removed from the List (see paragraph 12 above), the Court notes that, as it has held in the past, where there is a manifest lack of jurisdiction, it can remove the case from the List at the provisional measures stage (*Legality of Use of Force (Yugoslavia v. Spain)*, *Provisional Measures, Order of 2 June 1999, I.C.J. Reports 1999 (II)*, p. 773, para. 35; *Legality of Use of Force (Yugoslavia v. United States of America)*, *Provisional Measures, Order of 2 June 1999, I.C.J. Reports 1999(II)*, p.925, para.29; *Immunities and Criminal Proceedings (Equatorial Guinea v. France)*, *Provisional Measures, Order of 7 December 2016, I.C.J. Reports 2016 (II)*, p. 1165, para. 70). Conversely, where there is no such manifest lack of jurisdiction, the Court cannot remove the case at that stage (*Armed Activities on the Territory of the Congo (New Application: 2002) (Democratic Republic of the Congo v. Rwanda)*, *Provisional Measures, Order of 10 July 2002, I.C.J. Reports 2002*, p. 249, para. 91; *Immunities and Criminal Proceedings (Equatorial Guinea v. France)*,

Provisional Measures, Order of 7 December 2016, I.C.J. Reports 2016 (II), p. 1165, para. 70). In the present case, there being no manifest lack of jurisdiction, the Court cannot accede to Germany's request.

* **

-8-

22. The Court recalls that, in its Order of 26 January 2024, it noted that the military operation conducted by Israel following the attack of 7 October 2023 had resulted in "a large number of deaths and injuries, as well as the massive destruction of homes, the forcible displacement of the vast majority of the population, and extensive damage to civilian infrastructure" (*Application of the Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide in the Gaza Strip (South Africa v. Israel), Provisional Measures, Order of 26 January 2024*, para. 46). In addition, the Court remains deeply concerned about the catastrophic living conditions of the Palestinians in the Gaza Strip, in particular in view of the prolonged and widespread deprivation of food and other basic necessities to which they have been subjected, as acknowledged by the Court in its Order of 28 March 2024 (*Application of the Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide in the Gaza Strip (South Africa v. Israel), Provisional Measures, Order of 28 March 2024*, para. 18).

23. The Court recalls that, pursuant to common Article 1 of the Geneva Conventions, all States parties are under an obligation "to respect and to ensure respect" for the Conventions "in all circumstances". It follows from that provision that every State party to these Conventions, "whether or not it is a party to a specific conflict, is under an obligation to ensure that the requirements of the instruments in question are complied with" (*Legal Consequences of the Construction of a Wall in the Occupied Palestinian Territory, Advisory Opinion, I.C.J. Reports 2004(I)*, pp.199-200, para. 158). Such an obligation "does not derive only from the Conventions themselves, but from the general principles of humanitarian law to which the Conventions merely give specific expression" (*Military and Paramilitary Activities in and against Nicaragua (Nicaragua v. United States of America), Merits, Judgment, I.C.J. Reports 1986*, p. 114, para. 220). With regard to the Genocide Convention, the Court has had the opportunity to observe that the obligation to prevent the commission of the crime of genocide, pursuant to Article I, requires States parties that are aware, or that should normally have been aware, of the serious risk that acts of genocide would have been committed, to employ all means reasonably available to them to prevent genocide so far as possible (*Application of the Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide (Bosnia and Herzegovina v. Serbia and Montenegro), Judgment, I.C.J. Reports 2007 (I)*, pp. 221-222, paras. 430-431). Further, States parties are bound by the Genocide Convention not to commit any other acts enumerated in Article III (*ibid.*, p. 114, para. 168).

24. Moreover, the Court considers it particularly important to remind all States of their international obligations relating to the transfer of arms to parties to an armed conflict, in order to avoid the risk that such arms might be used to violate the above-

mentioned Conventions. All these obligations are incumbent upon Germany as a State party to the said Conventions in its supply of arms to Israel.

* **

-9-

25. The Court reaffirms that the decision given in the present proceedings in no way prejudices the question of the jurisdiction of the Court to deal with the merits of the case or any questions relating to the admissibility of the Application or to the merits themselves. It leaves unaffected the right of the Governments of Nicaragua and Germany to submit arguments in respect of those questions.

26. For these reasons,

THE COURT,

By fifteen votes to one,

* **

Finds that the circumstances, as they now present themselves to the Court, are not such as to require the exercise of its power under Article 41 of the Statute to indicate provisional measures.

IN FAVOUR: *President* Salam; *Vice-President* Sebutinde; *Judges* Tomka, Abraham, Yusuf, Xue, Bhandari, Iwasawa, Nolte, Charlesworth, Brant, Gómez Robledo, Cleveland, Aurescu, Tladi;

AGAINST: *Judge ad hoc* Al-Khasawneh.

Done in French and in English, the French text being authoritative, at the Peace Palace, The Hague, this thirtieth day of April, two thousand and twenty-four, in three copies, one of which will be placed in the archives of the Court and the others transmitted to the Government of the Republic of Nicaragua and the Government of the Federal Republic of Germany, respectively.

(Signed) Nawaf SALAM, President.

(Signed) Philippe GAUTIER, Registrar.

- 10 -

Vice-President SEBUTINDE appends a separate opinion to the Order of the Court; Judge IWASAWA appends a separate opinion to the Order of the Court; Judges CLEVELAND and TLADI append declarations to the Order of the Court; Judge *ad hoc* AL-KHASAWNEH appends a dissenting opinion to the Order of the Court.

(Initialled) N.S. *(Initialled)* Ph.G.